

IMPULSE

für den Wohnungsbau in Bayern

PRESSEMITTEILUNG

Verbändebündnis stellt wohnungsbaupolitische Forderungen an neue Landesregierung

(München, 9. Oktober 2018) Wenige Tage vor der Landtagswahl veröffentlichte das *Aktionsbündnis Impulse für den Wohnungsbau Bayern*, ein seit 10 Jahren bestehender Zusammenschluss von Spitzenverbänden der Wohnungs-, Bau- und Baustoffwirtschaft, des Mieterbundes und der Gewerkschaft IG BAU, heute ein Positionspapier mit Forderungen an die neue Landesregierung.

Seit 2010 nimmt die Zahl der genehmigten und fertiggestellten Wohnungen in Bayern kontinuierlich zu. Gemessen am Bedarf werden aber seit Jahren viel zu wenige bezahlbare Wohnungen gebaut. Stark steigende Mieten, Wohnungsknappheit und explodierende Grundstückspreise sind die Folge. *"Die Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung und zuletzt auch die vom Wohngipfel im Bundeskanzleramt beschlossenen Maßnahmen zur Sicherung des bezahlbaren Wohnens, zur Baulandmobilisierung, zur Baukostensenkung und zur Fachkräftesicherung zeigen, dass die Lösung der wohnungspolitischen Aufgaben bislang nicht an mangelnder Erkenntnis sondern an deren Umsetzung gescheitert ist"*, konstatierte der Sprecher des Aktionsbündnisses, Dr. Hannes Zapf. Alle staatlichen Maßnahmen werden nach Überzeugung des Bündnisses nur dann wirken, wenn sie Anreize für den Wohnungsbau verstetigen und dauerhaft eine verlässliche Basis für Investitionen der Akteure bieten. Die Bauwirtschaft werde ihre Kapazitäten nur dann weiter ausbauen, wenn sie die Gewissheit habe, dass zusätzliche Investitionen in Fachkräfte, Betriebsstätten und Maschinen auch in fünf und zehn Jahren noch gebraucht würden.

Das gelte besonders für steuerliche Anreize. Die lineare Normalabschreibung von Gebäuden müsse dauerhaft von 2 auf 3 Prozent erhöht werden. Denn im Hinblick auf den steigenden Anteil der Anlagentechnik an den Baukosten liege die gemittelte Nutzungsdauer von Immobilien nur noch bei 35 statt 50 Jahren. Auch die Stärkung des bezahlbaren Mietwohnungsbaus erfordere vor allem langfristig verlässliche steuerliche Rahmenbedingungen für private Investoren, die weit über die jetzt vom Wohngipfel beschlossene vierjährige Sonderabschreibung für den Mietwohnungsneubau hinausgingen.

"Auch mehr sozialer Wohnungsbau ist dringend erforderlich. Deshalb muss Bayern zusätzlich zu den jetzt vom Bund für die Jahre 2018 bis 2021 zugesagten Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau eine ordentliche Schippe obendrauf legen", so Zapf.

Pressekontakt:

Holger Seit, Landesverband Bayerischer Bauinnungen
Bavariaring 31, 80336 München
seit@lbb-bayern.de, Tel. +49 89 76 79-133, Fax +49 89 76 79-154

